

W WELS Büro des Bürgermeisters
SPÖ Gemeinderatsfraktion
Eingel am 11. April 2025 10:55
4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 25/9
Tgb.Nr. 46571

Wels, am 10. April 2025

INITIATIVANTRAG

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Das zuständige Stadtsenatsmitglied wird ersucht unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder:innen (Sozialarbeit, Blaulichtorganisationen, Streetwork, offener Jugendarbeit, etc.) aber auch Betroffenen Nutzer:innen-Gruppen ein Konzept für ein konfliktfreies Miteinander im öffentlichen Raum zu entwickeln und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

„Wels für alle“ – Konzept für ein sicheres, konfliktfreies und soziales Miteinander im öffentlichen Raum.

Im Vorjahr wurde am Kaiser-Josef-Platz ein Alkoholverbot beschlossen – eine Maßnahme, der auch die sozialdemokratische Fraktion zugestimmt hat. Dazu forderte die SPÖ auch sozialarbeiterische Interventionen und Lösungsansätze ein. Die Entscheidung für ein Alkoholverbot entstand aus einem Nutzungskonflikt vor Ort und sollte das Zusammenleben verbessern.

Allerdings zeigt sich immer wieder, dass solche punktuellen Maßnahmen – oft in Form von Verboten oder anderen 'Law-and-Order'-Strategien – lediglich zu einer Verlagerung des Problems führen. Bei diesen Nutzungskonflikten werden dann Menschen von belasteten Orten oder aus bestimmten Stadtteilen verdrängt.

Wie sich Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum unter aktiver Beteiligung aller Betroffener lösen lassen, zeigt das Projekt Wohnen im Dialog. Dieses Volkshilfe Projekt, das in Wels in der Noitzmühle, der Otto-Loewi-Straße und in der Neustadt umgesetzt wird, ist auch in vielen anderen oberösterreichischen Städten aktiv und arbeitet mit einem Bündel an Maßnahmen. So wird durch verstärkte Sozialarbeit und zielgerichtetem Dialog mit den unterschiedlichen Nutzer:innen-Gruppen an tragfähigen Lösungen gearbeitet. Es entsteht eine höhere Akzeptanz und Umsetzungstreue. Bei den meisten Nutzungskonflikten greift eine Verbotspolitik viel zu kurz und wirkt nicht nachhaltig. Wohnen im Dialog zeigt beispielhaft, wie Lösungen gelingen können.

Der Antrag soll den Verantwortlichen der Stadt Wels ermöglichen, fernab einer aktuellen Konfliktzone, eine wirkungsvolle Strategie zu entwickeln und auf den Weg bringen.

Ziel des Konzepts

Ziel ist es, eine gesamtstädtische Strategie zu entwickeln, die sich nicht nur mit einzelnen Konflikten oder Zonen befasst, sondern Grundsatzfragen zum Umgang mit sozialen Spannungen, abweichendem Verhalten und unterschiedlichen Nutzungsansprüchen im öffentlichen Raum aufgreift. Im Fokus stehen dabei Dialog, Prävention, Integration und sozialraumorientiertes Handeln – anstatt bloßer kurzfristiger Repression.

Mögliche Leitprinzipien für eine Welser Strategie „Wels für alle“

- **Prävention vor Repression:** Probleme frühzeitig erkennen und sozialarbeiterisch begleiten.
- **Raum für alle:** Der öffentliche Raum soll für alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Alter, sozialem Status oder Lebensstil – offen und zugänglich bleiben.
- **Vermeidung von Verdrängung:** Maßnahmen sollen nicht zu einer bloßen Verlagerung von Problemen führen.
- **Kooperation statt Konfrontation:** Zusammenarbeit mit sozialen Trägern, Streetwork, Polizei und Stadtplanung.
- **Transparente Kommunikation:** Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Entwicklung von Lösungen, unter Miteinbeziehung der betroffenen Gruppen.

Vorgeschlagene Maßnahmen

- Einrichtung eines Runden Tisches für ein soziales Miteinander im öffentlichen Raum.
- Ausbau von aufsuchender Sozialarbeit und Streetwork, insbesondere in konfliktbelasteten Zonen.
- Entwicklung von Alternativräumen für vulnerable Gruppen.
- Schaffung von konsumfreien Begegnungszonen im öffentlichen Raum – Orte, die gezielt für ein respektvolles Miteinander gestaltet werden.
- Sensibilisierung und spezielle Schulung der Ordnungswache im Umgang mit Diversität und sozialen Spannungen sowie abweichendem Verhalten.
- Erhebung und Monitoring von Nutzungskonflikten zur frühzeitigen Intervention.

Wir fordern eine breite Grundsatzdebatte über den Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum in Wels – jenseits von punktuellen Verboten. Unser Ziel ist es daher, einen nachhaltigen, sozialen und inklusiven Weg zu finden, damit unsere Stadt für alle lebenswert bleibt.

Berichterstatter:

GR Johann Reindl-Schwaighofer

Für die sozialdemokratische Fraktion

Gloria Kariolous

SPÖ

Beschluss des Gemeinderates
vom 28. April 2025

Antrag

~~einstimmig~~ - mit Stimmenmehrheit
~~angenommen~~ - ~~abgelehnt~~ - ~~zurückgestellt~~

Der Vorsitzende:



GO-Antrag auf Zuweisung
in den zust. Ausschuss
21 JA (FPÖ, ÖVP, GR. Faber Miriam)
10 NEIN (SPÖ, Grüne ohne GR. Faber Miriam)

Vorgeschlagene Maßnahmen

- Einrichtung eines Runden Tisches für ein soziales Miteinander im öffentlichen Raum.
- Ausbau von ausdauernder Sozialarbeit und Streetwork, insbesondere in konfliktbelasteten Zonen.
- Entwicklung von Alternativräumen für vulnerable Gruppen.
- Schaffung von konsumfreien Begegnungszonen im öffentlichen Raum – Orte, die gezielt für ein respektvolles Miteinander gestaltet werden.
- Sensibilisierung und spezielle Schulung der Ordnungswache im Umgang mit Diversität und sozialen Spannungen sowie abweichendem Verhalten.
- Erhebung und Monitoring von Nutzungskonflikten zur frühzeitigen Intervention.

Wir fordern eine breite Grundsatbedebatte über den Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum in Wels – jenseits von punktuellen Verboten. Unser Ziel ist es daher, einen nachhaltigen, sozialen und inklusiven Weg zu finden, damit unsere Stadt für alle lebenswert bleibt.

GR Johann Reindl-Schwalghofer
Berichterstatler

Für die sozialdemokratische Fraktion

